

Neue Wege der Engagementförderung – Erfahrungen aus dem Netzwerk Engagierte Stadt

Im **Netzwerk Engagierte Stadt** arbeiten seit 2015 überzeugte Menschen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung, Politik und Unternehmen sektorübergreifend gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern daran, gute Bedingungen für bürgerschaftliches Engagement und Beteiligung zu schaffen. Durch das Zusammenwirken aller Akteure sind die Städte in der Lage, bessere Lösungen für konkrete Herausforderungen vor Ort zu entwickeln. Das stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, schafft mehr Lebensqualität vor Ort und ist ein wichtiger Beitrag für eine lebendige Demokratie.

Aus mehr als hundert einzelnen Städten und Gemeinden ist mittlerweile eine Bewegung Engagierter Städte entstanden, die in einem bundesweiten Netzwerk zusammenarbeitet, sich gegenseitig unterstützt und gemeinsam das Ziel verfolgen, nachhaltige Engagementstrukturen zu etablieren.

Basierend auf den langjährigen Erfahrungen haben die Engagierten Städte die nachfolgenden Impulse als Beitrag für die Entwicklung einer Bundes-Engagement-Strategie erarbeitet.

Impulse aus den Engagierten Städten für die Bundes-Engagement-Strategie

1. Engagement prägt Gesellschaft: Gesellschaftliche Herausforderungen brauchen bürgerschaftliches Engagement und eine starke Zivilgesellschaft

Eine Demokratie kommt ohne Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren und mitgestalten, nicht aus. Dieses Mitgestalten findet zum überwiegenden Teil vor Ort im Alltagszusammenhang der Menschen statt.

Lebendige Stadtgesellschaften, in denen Menschen Verantwortung übernehmen und sich für andere einsetzen, stärken die Identifikation mit Staat und Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement stärkt gesellschaftlichen Zusammenhalt, ist Kern gesellschaftlichen Zusammenlebens. Es ist kein Lückenfüller und nicht Ersatz für staatliches Handeln.

Bürgerschaftliches Engagement muss aufgrund wachsender gesellschaftlicher Herausforderungen im politischen sowie öffentlichen Bewusstsein anders gedacht und verankert werden. Hierzu werden neue Förderinstrumente – gestärkt durch die Bundes-Engagement-Strategie – benötigt, die grundsätzlich bürgerschaftliches Engagement auch in seinem Eigensinn unterstützen.

2. Engagierte Stadt lebt eine neue Partnerschaft und Kooperation von Staat und Gesellschaft

Am Beispiel des Netzwerkprogramms „Engagierte Stadt“ wird deutlich, dass nur gemeinsam, mit den komplementären Ressourcen der unterschiedlichen Akteure aus Politik/Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft die großen Herausforderungen, welche mit dem gegenwärtigen Transformationsprozess einhergehen, besser bewältigt werden können. Durch konkrete Maßnahmen in der Bundes-Engagement-Strategie können belastbare und nachhaltige Strukturen geschaffen werden, die die Effektivität und Effizienz der ehrenamtlichen Tätigkeiten verbessern sowie die Zusammenarbeit und den sozialen Zusammenhalt stärken. Es braucht hier einen Paradigmenwechsel.

Es ist ein neuer Aushandlungsprozess zwischen Staat und Zivilgesellschaft über Aufgaben, Rolle, Zielsetzung und Rahmenbedingungen der Engagementförderung notwendig.

3. Ziel: die Stärkung der Zivilgesellschaft

Der Staat muss seine Rolle klären hin zur Ermöglichung und Unterstützung zivilgesellschaftlichen Handelns im Sinne des Subsidiaritätsprinzips.

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Sinne der Stärkung und Verteidigung demokratischer Grundwerte sollte als Staatsziel verankert werden.

4. Maßnahmen müssen ihre Wirksamkeit vor Ort entfalten

Engagement geschieht vor allem vor Ort, in Quartieren, Stadtteilen, Gemeinden und Dörfern. Hier entstehen Lösungsansätze, die von den Bürgerinnen und Bürgern trotz unterschiedlicher Lebensbedingungen erarbeitet, mitgetragen und wahrgenommen werden. Innovation entsteht vor Ort. Dies erfordert auch eine gewisse Haltungsänderung, dass die lokale Ebene stärker eingebunden wird und so Initiativen von unten gestärkt werden. Die Wirksamkeit bei der Förderung bürgerschaftlichen Engagements und zivilgesellschaftlichen Akteuren muss vor allem vor Ort entstehen und sich entfalten.

5. Engagement braucht Anlaufstellen vor Ort

Vor Ort sind professionelle, neutrale Anlaufstellen erforderlich, die Vernetzung und Kooperation fördern, Wissenstransfer sicherstellen, die Organisationen und Initiativen unterstützen und qualifizieren, für Anerkennung und Wertschätzung sorgen sowie Engagierte gewinnen, beraten und begleiten und Engagement koordinieren. Diese müssen auskömmlich und langfristig finanziell ausgestattet sein.

6. Engagement braucht Raum, Gestaltungsmöglichkeiten und Ressourcen

Es geht um verbesserte Rahmenbedingungen, die den Aufbau und die Verstetigung von resilienten Strukturen zur Engagement-Entfaltung ermöglichen. Für die Umsetzung der Maßnahmen der Bundes-Engagement-Strategie müssen entsprechend auch ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

7. Neue Finanzierungsstrategien für Resilienz im Engagement: Kooperationen fördern, nicht nur Projekte

Es müssen neue Wege der Finanzierung entwickelt werden, um eine Basisfinanzierung für die Koordinierung von bürgerschaftlichem Engagement zu schaffen und so die Gesellschaft resilienter auch gegenüber (un-)vorhersehbaren Krisen zu machen.

Bisherige Förder- und Finanzierungsmodelle sind nicht passgenau und unterstützen in der Breite nicht den Aufbau resilienter Strukturen, sondern führen zu Abbrüchen, Projektruinen und Kompetenzverlusten. Das Handeln von zivilgesellschaftlichen Trägerinnen und Trägern sowie Kommunen wird immer mehr auf Projektmittel aus Förderprogrammen ausgerichtet, nicht auf passgenaue Lösungen vor Ort. Finanzielle Förderung von Bund und Ländern muss mit den vor Ort formulierten engagementpolitischen Zielen und Maßnahmen in Einklang gebracht werden, nicht umgekehrt. Reine Projektfinanzierung führt zu einer faktischen Einschränkung sowohl kommunaler als auch zivilgesellschaftlicher Handlungsfähigkeit.

8. Der Staat muss Ermöglicher von Engagement sein

Immer mehr staatliche Regelungen und bürokratische Hürden erschweren Engagement. Bürgerschaftliches Engagement braucht eine spürbare Entbürokratisierung und eine Verbesserung rechtlicher Rahmenbedingungen.

Wünschenswert wäre ein Engagement-Gesetz, damit die Förderung von Engagement, insbesondere auch die Zusammenarbeit von Bund, Bundesländern und Kommunen in diesem Bereich besser geregelt ist.

Oktober 2023

Marion Zosel-Mohr
Sprecherin der Engagierten Städte
Engagierte Stadt Stendal

Jochen Beuckers
Sprecher der Engagierten Städte
Engagierte Stadt Königswinter

Kontakt: es-sprecher@engagiertestadt.de

Homepage: www.engagiertestadt.de